

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 14 (1934-1935)  
**Heft:** 12

**Artikel:** Unsere Totalrevision  
**Autor:** Oprecht, Hans  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-332134>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 07.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

ein vermeintliches Opfer zugemutet wurde, bekämpft worden. Das ist nicht erfreulich und nicht ermutigend. Aber man schafft geschichtliche Tatsachen nicht dadurch aus der Welt, daß man sie leugnet oder übersieht. Geleugnet werden sie aber vor allem von denjenigen, die es nicht gerne sehen, daß der andere Teil Lehren aus ihnen zieht.

---

## Unsere Totalrevision

Von Hans Oprecht.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Initiative, die die Totalrevision der Bundesverfassung bezweckt und über die am kommenden 8. September das Schweizervolk seine Meinung in der Abstimmung abzugeben hat, von uns bekämpft werden muß. Die Gründe dafür sind überzeugend von Dr. Arthur Schmid in der »Roten Revue«, August 1934, und von Dr. Max Weber in der »Gewerkschaftlichen Rundschau«, Juli 1935, dargelegt worden.

Arthur Schmid hat vor Jahresfrist mit Recht schon darauf aufmerksam gemacht, daß niemand, der es mit dem Schweizervolk gut meine, in das Abenteuer der Totalrevision eintreten könne, wenn andere Wege der Entwicklung offen stehen. Dazu gehöre die Partialrevision und die geistige Aufrüttelung des Volkes durch eine unablässige und tiefgreifende Aufklärungsarbeit. Schmid begegnet damit Max Weber, der in der »Gewerkschaftlichen Rundschau« feststellt, daß die Revisionsforderungen, die die organisierte Arbeiterschaft zu stellen habe, auf dem Wege der Teilrevision der Bundesverfassung verwirklicht werden können. Weber hält darum die Totalrevision so lange als verfrüht, als nicht eine einheitliche Grundstimmung im Volk für eine Verfassungsänderung in der Richtung des Ausbaues der politischen und sozialen Demokratie vorhanden sei. Weber befindet sich damit in Uebereinstimmung mit dem Programm der Sozialdemokratischen Partei, wie es am außerordentlichen Parteitag zu Anfang dieses Jahres neu beschlossen wurde.

Es heißt darin: »Die Rettung der Demokratie besteht danach in ihrer konsequenten Weiterentwicklung von der politischen zur wirtschaftlichen und sozialen Demokratie.« Der Inhalt *unserer* Totalrevision der Bundesverfassung ist damit umfassend umschrieben. Er muß lediglich noch konkretisiert und substantiiert werden.

Ist solches nötig?

Wir glauben es, und zwar allein schon deswegen, weil der Kampf gegen die Initiative der Fronten und Bünde von uns nur offensiv erfolgreich geführt werden kann. Wir dürfen auch nicht als die »letzten Mohikaner des Liberalismus« die geltende Bundesverfassung verteidigen. Dabei ist selbstverständlich, daß die bestehenden und geltenden Rechte und Freiheiten des Volkes von uns verteidigt werden müssen. Aber auch hierbei gilt, daß die beste Verteidigung der Angriff ist, das heißt also, wir verteidigen nicht nur die Rechte und

Freiheiten des Volkes, die in der Bundesverfassung festgelegt sind, sondern wir fordern deren Ausbau. Max Weber hat in der »Gewerkschaftlichen Rundschau« zusammengestellt, was nach seinem Dafürhalten in der Bundesverfassung revisionsbedürftig im Sinne der Erweiterung der Volksrechte wäre: Einführung der Gesetzesinitiative, Frauenstimmrecht, Volkswahl des Bundesrates, Verfassungsgerichtsbarkeit, Festlegung der Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiete der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik. Diese Forderungen könnten ohne Totalrevision auf dem Wege partieller Revisionen der Bundesverfassung verwirklicht werden, wenn eine Mehrheit des Volkes dafür zu gewinnen ist. Das dürfte deswegen nicht besonders schwerfallen, weil sie sich im Rahmen der geltenden Verfassungsgrundsätze bewegen. Können sie uns Sozialisten genügen? Ich glaube nicht.

Der liberale Rechtsstaat gehört, auf dem Gebiete der Wirtschaft zum mindesten, unbestritten der Vergangenheit an. Prof. Dr. Hans Nabholz hat in seinen Zürcher Volkshochschulvorträgen »Ueber den Ausbau unserer staatlichen Einrichtungen seit der Regenerationsbewegung und der Schaffung des Bundesstaates« nachgewiesen, daß unter der Einwirkung der Sozialgesetzgebung der liberale Rechtsstaat, der sich grundsätzlich in wirtschaftliche Dinge so wenig wie möglich einmischte, in den heutigen Wohlfahrtsstaat sich verwandelt hat, welcher helfend, aber auch reglementierend, und sehr fühlbar in das wirtschaftliche Leben und damit in den Lebenskreis des einzelnen eingreife. Die gegenwärtige wirtschaftliche Notlage habe diese Entwicklung noch bedeutend verschärft. Die Landwirtschaft kann mühsam nur noch, getragen von staatlichen Hilfsaktionen, sich behaupten. (Staatliche Stützung des Getreidepreises, des Milchpreises, des Butterpreises, des Käsepreises, Abschnürung des Importes von ausländischen landwirtschaftlichen Produkten, Entschuldung des Grundbesitzes, Herabsetzung der Hypothekarzinsen.) Auch das Hotelgewerbe mußte durch staatliche Kapitalzuschüsse vor dem Untergang gerettet werden. Der Bund entscheidet damit auch über die Erstellung neuer Hotels. Das Kleingewerbe wird durch den Staat geschützt vor der erdrückenden Konkurrenz der Großunternehmungen und der Warenhäuser. Die Industrie wird weitgehend subventioniert vom Staate, ihre Produktion durch seine Maßnahmen geordnet. (Uhrenindustrie, Schuhindustrie.) Auch die Maschinenindustrie als Exportindustrie benötigt staatliche Hilfe in Form von Exportzuschüssen und staatlicher Garantie gegen Verluste im Export. Auch bei der Gestaltung der Warenpreise und der Löhne wirkt der Staat weitgehend mit. (Preiskontrolle.)

Die Abklärung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat ist damit das grundlegende Problem der Gegenwart und damit auch der Totalrevision der Bundesverfassung geworden. Prof. Walter Burckhardt, der hervorragende Berner Staatsrechtslehrer, hat dazu in den »Gedanken eines Juristen über den Korporationenstaat« mit Schärfe bemerkt:

»Es sei aber nur noch auf eines aufmerksam gemacht, auf das Ver-

hältnis dieser »Wirtschaftsordnung« (des Korporationenstaates) zur »staatlichen Ordnung«. Die Vertreter der korporativen Ordnung scheinen der Ansicht zu sein, die Wirtschaft sei im Staat ein Gebiet für sich neben dem politischen, dem eigentlich staatlichen, das davon getrennt werden könne und möglichst scharf getrennt werden solle. Allein die berufliche Tätigkeit in der Wirtschaft hängt so eng zusammen mit dem gesamten Volksleben, und mit dem Staate selbst, daß eines fortwährend ins andere übergreift... Die Harmonie kann relativ leicht gewahrt bleiben, wenn die Fäden... schließlich in einer Hand zusammenlaufen, viel weniger leicht aber, wenn sie in verschiedenen Händen liegen.«

In der Tat handelt es sich darum, für die neue Wirtschaft, wie sie sich in der Kriegs- und Nachkriegszeit entwickelt hat, eine neue Verfassung des Staates zu schaffen, das Verhältnis von Wirtschaft und Staat ist dabei nach allen Richtungen abzuklären. Die neue Wirtschaft kann berufsständisch geordnet werden. Sie wird es, wenn die Fronten und Bünde obenaufschwingen und die Mehrheit des Volkes für sich gewinnen. Ihr Begehren auf Totalrevision der Bundesverfassung soll ihnen die dafür günstige Gelegenheit schaffen, in der Schweiz auf verfassungsmäßiger Grundlage die »berufsständische Ordnung im christlichen Staat« einzuführen.

Wir können dem Bestreben der Fronten und Bünde den Boden unter den Füßen entziehen, wenn wir klar und eindeutig unsere Auffassung über das Verhältnis von Wirtschaft und Staat im Volk vertreten, um damit die Mehrheit des Volkes für uns zu gewinnen. Denn das neue Programm der Partei sagt mit Recht: die Weiterentwicklung der schweizerischen Demokratie bedarf einer neuen Volksmehrheit. »War diese Mehrheit in der Vergangenheit auf kapitalistische Kräfte begründet, muß sie in der Zukunft auf den Opfern des Kapitalismus, also auf antikapitalistischer Grundlage, beruhen und von sozialistischer Erkenntnis geleitet werden.« *Der Plan der Arbeit* bildet die Grundlage dafür, um diese neue Volksmehrheit zu schaffen. Er orientiert darüber, wie wir das Verhältnis von Staat und Wirtschaft regeln werden: durch eine planmäßige Ordnung der Wirtschaft im nationalen Rahmen von Staates wegen. Sie umfaßt: die Organisierung des Kredits als öffentlicher Dienst, die Ordnung der Produktion in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe, die planmäßige Ordnung des Verkehrswesens, die Regelung des Außenhandels, den Schutz der Arbeit und eine allgemeine Reform der Finanz- und Währungspolitik.

Zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie im Rahmen einer national geordneten Planwirtschaft gehören das Mitspracherecht und das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben und Unternehmungen und deren Krönung in einem nationalen Wirtschaftsrat. Durch den Aufbau der demokratisch organisierten Wirtschaft von unten nach oben und durch die Leitung und Führung der Wirtschaft vermittelt Selbstverwaltungskörperschaften kann innerhalb der nationalen Planwirtschaft der Gegensatz von Zentralismus und Föderalismus ohne Schwierigkeiten überwunden werden.

Wir kämpfen am 8. September gegen das Begehren auf Totalrevision der Bundesverfassung, wie sie von den Fronten und Bündnen verlangt wird. Wir kämpfen im Volk dabei für *unsere* Totalrevision.

---

## Politische Agitation und Psychologie

Von Rudolf Bertschi.

Jede Lehre, die gesellschaftliche Verhältnisse verändern und Neues gestalten will, bedarf, um wirksam zu werden, der Mitteilung an andere, der Propaganda oder Agitation. Als Mittel dafür dient alles, was geeignet ist, die infolge Herkommens, Gewohnheit und Abwehrinstinkts allen Neuerungen feindliche Gegenstimmung der Menschen zu erschüttern, Anhänger, Bekenner, Gläubige der neuen Lehre zu gewinnen, Gefühle zu entflammen und Entschlüsse und Handlungen im Sinne der gewollten Neugestaltung hervorzurufen. Alle diese verschiedenen Möglichkeiten, die Verhaltensweise von Menschen zu beeinflussen, sind wissenschaftlich untersucht und teilweise aufgeklärt durch die moderne Psychologie.

Die freie Arbeiterbewegung hat der Theorie der Propaganda bis jetzt keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Sie bedurfte ihrer nicht. Der Sozialismus wuchs als Heilsbotschaft für alle Elenden und Unterdrückten aus der kapitalistischen Ausbeutung beinahe von selbst heraus. Die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung lag für ihre Opfer auf der Hand. Das Bewußtsein der Proletarier, hoffnungslos zu lebenslänglicher Lohnarbeit verurteilt zu sein, erfüllte sie mit übermächtiger Sehnsucht nach einem besseren Los. Die Sinnlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise, durch die riesige Warenvorräte vernichtet wurden, während daneben Millionen Arbeitsloser darbtten, beleidigte die menschliche Vernunft. So trug die sozialistische Lehre, die eine planmäßige Gestaltung der Wirtschaft und die Beendigung aller Ausbeutung und Klassenscheidung versprach, mit wenig Kunst sich selber vor. Ihre Verkünder brauchten nur von Herz zu Herzen zu reden, sie brauchten nur die Zusammenhänge der wirtschaftlichen Entwicklung darzulegen, alles übrige taten die harten Tatsachen, unter denen jeder einzelne ihrer Zuhörer litt. Wohl wies auch die freie Arbeiterbewegung in allen Ländern glänzende agitatorische Begabungen auf, aber der Aufschwung der sozialistischen Parteien wie der freien Gewerkschaften in der Vorkriegszeit geht weniger auf den Zauber von Persönlichkeiten, als auf den Inhalt ihrer Lehren zurück.

Der entgegengesetzte Fall, daß selbst geistig verhältnismäßig hochstehende Massen durch die Mittel einer verführerischen Propaganda zu einem ihrem wirklichen Nutzen widersprechenden Verhalten bestimmt werden, lag in der Vorkriegszeit besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika vor. Die marktschreierische Agitation des Tammany Hall, mit ihren lärmenden Aufzügen, patrioti-